



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verbesserung der Personalsituation in Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 05 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2026 von 288.888,9 Tsd. Euro um 956,5 Tsd. Euro auf 289.845,4 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 04 05 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2027 von 295.883,6 Tsd. Euro um 2.157,85 Tsd. Euro auf 298.041,45 Tsd. Euro erhöht

In Kap. 04 05 werden im Jahr 2026 im Stellenplan

10 Stellen der BesGr. A 7 (Krankenpfleger, Krankenschwestern)

10 Stellen der BesGr. A 7 (Oberwerkmeister, Oberwerkmeisterinnen)

10 Stellen der BesGr. A 7+A Z (Stationspfleger, Stationsschwestern), und

10 Stellen der BesGr. A 8 (Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterinnen) neu ausgebracht,

im Jahr 2027 werden im Stellenplan

20 Stellen der BesGr. A 9 (Inspektoren, Inspektorinnen – im Justizvollzugsdienst) in

20 Stellen der BesGr. A 10 (Oberinspektoren, Oberinspektorinnen – im Justizvollzugsdienst) gehoben.

Begründung:

Die im Entwurf der Staatsregierung vorgesehenen neuen Planstellen im Bereich des Justizvollzugs können die seit Jahren bestehenden Personalengpässe in den bayerischen Justizvollzugsanstalten nur zum Teil lösen. Der Landtag stellt daher zusätzliche Mittel bereit. Insbesondere ist weiterhin ein Ausbau der Stellen im Bereich des Krankenpflegedienstes nötig, da die Justizvollzugsanstalten in Bayern einen Anstieg an Gefangenen mit psychiatrischen und medizinischen Problemen verzeichnen. Für deren Behandlung fehlt es regelmäßig an einer ausreichenden und raschen Versorgung vor Ort. Diese Situation ist weder zufriedenstellend für die betroffenen Strafgefangenen noch für die Anstalten und ihre Bediensteten. Auch fehlt es an Personal im Bereich des

Werkdienstes, dessen Aufgabe darin besteht, den Gefangenen Fähigkeiten zu vermitteln, die für eine erfolgreiche Resozialisierung erforderlich sind, insbesondere wenn es darum geht, im Rahmen des offenen Vollzugs bzw. nach der Haftentlassung einer geregelten Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die Mitarbeitenden des Werkdienstes sollen u. a. den Einsatz der Gefangenen in den Arbeitsbetrieben anleiten.

Außerdem bewilligt der Landtag Stellenhebungen im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes, welche die Attraktivität dieser Tätigkeiten steigern und die Motivation der Bediensteten stärken sollen.